Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 04.07.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 7. Juli 2025
Fokusthemen: **Geschäfts-, Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagvormittag eine längere Debatte über den Geschäftsbericht des Regierungsrates führen. Danach wird über einen Nachtragskredit, den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle und eine Änderung des Steuergesetzes betreffend Eigenmietwert diskutiert. Sollte vor dem Mittag noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat mit Vorstössen beschäftigen, welche die Finanzdirektion betreffen. Die Sitzung am Nachmittag beginnt mit den Rechenschaftsberichten der obersten kantonalen Gerichte. Anschliessend wird über den Erlass eines Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetzes diskutiert. Sollte die Diskussion nicht bis zum Sitzungsende dauern, wird sich der Rat mit Vorstössen auseinandersetzen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Geschäftsbericht des Regierungsrates zur Genehmigung beantragt
Ausführlich diskutiert werden dürfte der Geschäftsbericht 2024 des Regierungsrates (6017); dies, obschon alle Fraktionen in der Finanzkommission (FIKO), der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und der Justizkommission (JUKO) dem Kantonsrat die Genehmigung des Berichts, der einen Überschuss von 150 Millionen Franken ausweist, beantragen. Eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen dürfte auch die Berichterstattung von FIKO und JUKO zur eigenen Kommissionstätigkeit im Berichtsjahr, die traditionell im Rahmen der Behandlung des Geschäftsberichts stattfindet. Ebenfalls einstimmig zur Genehmigung beantragt werden die Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten, die Verlustdeckung der selbstständigen Anstalten und die Bildung von Rücklagen. Kontrovers diskutiert hat die GPK die Anträge des Regierungsrates, im Rahmen des Geschäftsberichts fünf parlamentarische Vorstösse als erledigt abzuschreiben. Die Abschreibung der Motion KR-Nr. 157/2022 zu einer Vereinfachung des Instanzenzugs in Steuersachen lehnt die Kommission ab. Aus ihrer Sicht handelt es sich um eine Frage von grosser staatspolitischer Bedeutung, die der Kantonsrat, wie mit der Motion gefordert, im Rahmen einer Gesetzesvorlage beraten können muss. Der Abschreibung der Motion KR-Nr. 451/2020 zur Palliativpflege stimmt die GPK mehrheitlich zu. Eine Kommissionsminderheit aus SP, GLP, Grünen und AL lehnt die Abschreibung ab. Aus ihrer Sicht fordert die Motion die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage und eine solche sei nicht erarbeitet worden. Ebenfalls mehrheitlich zur Abschreibung beantragt die GPK das Postulat KR-Nr. 291/2022 zur Stärkung der Schulleitungen in der Volksschule (Minderheit SP, Grüne, AL), die Motion KR-Nr. 388/2022 zum Stipendienwesen (Minderheit Grüne, SP, AL) sowie die Motion KR-Nr. 60/2021 zur Verbesserung des Siedlungsklimas mit Bäumen (Minderheit SP, GLP, AL).

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21
GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22
JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Horgen), 079 619 56 53
AWU-Präsidentin: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Nachtragskredit für das Kinderspital Zürich soll bewilligt werden
Das Universitäts-Kinderspital Zürich ist für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen unverzichtbar. Der Regierungsrat hat der betreibenden Eleonorenstiftung deshalb im letzten Jahr eine Subvention von höchstens 35 Millionen Franken für den Betriebserhalt zugesichert. Weil die finanzielle Lage weiterhin kritisch bleibt, hat der Regierungsrat der Stiftung im vergangenen Januar unter Auflagen eine weitere Subvention von 25 Millionen Franken als gebundene Ausgabe

zugesichert. Damit soll die betriebsnotwendige Liquidität gewährleistet werden und die Umsetzung des Businessplans möglich bleiben. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Nachtragskredit von 25 Millionen Franken zu bewilligen (6021).

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle soll genehmigt werden
Unumstritten ist der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle für das Jahr 2024. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Bericht zu genehmigen (KR-Nr. 154/2025). Dennoch dürfte die Behandlung des Berichts eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, weil sich erfahrungsgemäss alle Fraktionen aus ihrer Sicht dazu äussern. Mit dem Tätigkeitsbericht kommt die Finanzkontrolle der Berichterstattungspflicht nach. Mit der Berichtsveröffentlichung ist sichergestellt, dass sich bei Bedarf alle an der kantonalen Finanzaufsicht Interessierten über die Finanzkontrolle und ihre Arbeit in Kenntnis setzen können.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

Beim Eigenmietwert soll es eine Härtefallklausel geben
Wer in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, soll beim Eigenmietwert der selbstbewohnten Liegenschaft einen Einschlag geltend machen können und so weniger Steuern zahlen müssen, findet die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Sie beantragt dem Kantonsrat deshalb mit 13 zu 2 Stimmen, die Änderung des Steuergesetzes betreffend Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert anzunehmen (5980). Die Kommissionsmehrheit aus SVP, SP, FDP, Mitte, EVP, AL und Teilen der GLP sieht in der Vorlage des Regierungsrates grundsätzlich eine pragmatische Lösung, welche den Richtigen – oft sind es ältere Menschen mit abbezahlter Hypothek – zugutekomme. Eine Minderheit aus Grünen und Teilen der GLP lehnt die Vorlage ab, einerseits, weil sie keine Rückerstattungspflicht enthält, die nach Verkauf, Schenkung oder Vererbung der Liegenschaft zum Tragen käme, andererseits, weil Hauseigentümerschaften ohnehin nicht zu den benachteiligten Teilen der Bevölkerung gehörten.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28
Minderheit: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64

Rechenschaftsberichte der obersten kantonalen Gerichte sollen genehmigt werden
Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat über die Rechenschaftsberichte der drei obersten kantonalen Gerichte sowie der ihnen unterstellten Gerichte und Amtsstellen diskutieren. Die Justizkommission (JUKO) beantragt einstimmig die Genehmigung der Berichte für das Jahr 2024 des Zürcher Obergerichts (KR-Nr. 162/2025), des Zürcher Verwaltungsgerichts (KR-Nr. 163/2025) und des Zürcher Sozialversicherungsgerichts (KR-Nr. 164/2025). Die jährliche Prüfung der Rechenschaftsberichte gehört zu den Aufgaben der JUKO im Rahmen ihrer Oberaufsichtstätigkeit. Am Obergericht hat die Geschäftslast auf den Berufungsstrafkammern leicht abgenommen. Die Eingangszahlen auf der Beschwerdestrafkammer und am Zwangsmassnahmengericht sind zurückgegangen. Demgegenüber ist die Zahl der Eingänge auf den Zivilkammern gestiegen. An den Bezirksgerichten war sowohl bei den Zivil- als auch den Strafverfahren ein Anstieg der Geschäftslast zu verzeichnen. Am Verwaltungsgericht stieg die Zahl der Geschäftseingänge im Vergleich zum Vorjahr. Es konnten wieder mehr Verfahren erledigt werden, jedoch erhöhte sich die durchschnittliche Verfahrensdauer von 5,3 auf 6,2 Monate und die Pendenzenzahl ist angestiegen. Am Sozialversicherungsgericht gingen im Berichtsjahr rund 7 Prozent mehr Beschwerden und Klagen ein als im Vorjahr. Die Anzahl Erledigungen ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken und liegt unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Pendenzen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich höher.

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

An Grundsätzen der Standortförderung festhalten und Firmen administrativ entlasten
Eine ausführliche, möglicherweise bis zum Schluss der Sitzung dauernde Debatte ist zum Erlass des Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetzes zu erwarten. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 10 zu 5 Stimmen die Annahme des neuen Gesetzes (5908). Ziel des Gesetzes ist es, bewährte Grundsätze der Standortförderung gesetzlich zu verankern und Unternehmen administrativ zu entlasten. Die Vorlage sieht unter anderem vor, dass der Kantonsrat künftig abschliessend über die Finanzierung von Beteiligungen an Bundesprogrammen zur Krisenunterstützung entscheidet. Zur Entlastung der Unternehmen schlägt die WAK effizientere Vollzugsverfahren, risikobasierte Kontrollen, eine einheitliche elektronische Schnittstelle für den Behördenverkehr sowie die Einbindung externer Fachleute bei der Regulierungsfolgenabschätzung vor. Zudem ist ein regelmässiger Austausch mit Verbänden geplant. Die Mehrheit der Kommission (SVP, FDP, GLP, Mitte, EVP) bezeichnet die Vorlage als ausgewogenen Schritt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und seiner Innovations- und Krisenfähigkeit. Die Minderheit (SP, Grüne, AL) lehnt sie ab: Die Fortsetzung bisheriger Förderpraktiken gehe zu wenig auf soziale und ökologische Aspekte ein, und die geplanten Entlastungsmassnahmen wirkten selbst wieder bürokratisch.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil, 079 640 10 28)
Minderheit Nicht-Eintreten: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa, 077 428 98 30)
Minderheit SVP: Paul Mayer (SVP, Marthalen, 078 750 30 74)
Minderheit SP: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa, 077 428 98 30)
Minderheit GLP: Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon, 079 784 75 24)
Minderheit Grüne: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich, 079 711 04 64)
Minderheit AL: Gianna Berger (AL, Zürich, gianna.berger@bluewin.ch)

Vorstösse zu Wohnungslosigkeit und Parkierungsanlagen
Sollte der Kantonsrat mit den vorangehenden Geschäften rascher vorankommen als erwartet, wird er bis zum Sitzungsende auch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Nicola Yuste möchte den Regierungsrat bitten, eine Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu erstellen (KR-Nr. 339/2023). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen. Entgegennehmen möchte die Regierung indes das Postulat von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel. Diese will Massnahmen zur Förderung von Park+Ride-Parkplätzen im Bestreben, eine möglichst nahtlose Verbindung der verschiedenen Verkehrsträger zu gewährleisten (KR-Nr. 386/2023). Das Postulat wird im Rat diskutiert, weil die SP beantragt hat, den Vorstoss abzulehnen.

Nicola Yuste (SP, Zürich), 077 419 03 76
Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Hinweis:
Mit dem Ende der Nachmittagssitzung verabschiedet sich der Kantonsrat in die Sommerpause. Die nächste Kantonsratssitzung findet am 18. August 2025 statt.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch